



Ältere Menschen sehnen sich zurück nach der Sowjet-Zeit. Politiker wie der Präsidentschaftskandidat Igor Dodon spielen bewusst damit, indem sie eine Annäherung an Russland versprechen. Fotos: Martin Valentin Fuchs



Ein Leben an der Kippe

Am Sonntag wählen die Bürgerinnen und Bürger der Republik Moldau einen neuen Präsidenten. Doch immer mehr Moldawier haben das Vertrauen in die Politik und in die Zukunft des Landes längst verloren und wandern ab.

Von Franziska Tschinderle aus Modawien

Chisinau. Wer die offizielle Einwohnerzahl der Republik Moldau herausfinden will, kann sich auf eine Odyssee gefasst machen. Sie führt einen durch Ministerien, zum Mittagessen mit Journalisten und in die Büros von Politologen. Man stößt auf Schulterzucken, widersprüchliche Aussagen, Gelächter. Und nach drei Wochen ohne Antwort hat man das Gefühl, einem Staatsgeheimnis auf der Spur zu sein.

Die Republik Moldau liegt zwischen Rumänien und der Ukraine und hat vor 25 Jahren seine Unabhängigkeit erklärt. Ein Vierteljahrhundert später ist das Land nicht nur das ärmste in Europa, sondern auch Spitzenreiter, was die Abwanderung betrifft. Kein Nachfolgestaat der Sowjetunion hat so viel seiner Population eingebüßt. Der EU-Beitritt des Nachbarlandes Rumänien und die Visa Liberalisierung für Reisen nach Westeuropa haben den Trend noch einmal verstärkt. Italien, Spanien und Portugal gehören zu den beliebtesten Zielländern, nicht zuletzt wegen niedrigen Sprachbarrieren. Im Osten treibt es die Menschen nach Russland. Frauen arbeiten häufig in der Alten- und Krankenpflege, Männer verdienen ihr Geld meist auf Baustellen.

Heute weiß niemand genau, wie viele Menschen tatsächlich in Moldau leben. Die Zahlen der letzten Volkszählung von 2014 wurden noch nicht veröffentlicht. In der Abteilung für Migration im Ministerium für Arbeit, Familie und Soziales bittet man um Geld. Es dauere eben seine Zeit, bis die Daten fertig ausgewertet sind. Gleichzeitig werden Stimmen laut, die kritisieren, dass die aktuelle Bevölkerungszahl von 3,5 Millionen schon lange nicht mehr stimmen kann. Alternative Quellen, so etwa eine Studie des deutschen Max-Planck-Instituts schätzt, dass die Population bei nur noch 2,9 Millionen Menschen liegt. Das bedeutet, dass seit der Unabhängigkeit eineinhalb Millionen Menschen abgewandert sind.

Wenn am Sonntag ein neuer Präsident gewählt wird, nach einer Verfassungsänderung übrigens erstmals seit 16 Jahren wieder direkt von den Bürgern und nicht durch das Parlament (vor dieser Periode gab es die Direktwahl schon einmal), schwingt die Frage mit, ob unter diesen Umständen überhaupt faire Wahlen abgehalten werden können. Laut Wahlbehörde wurden über drei Millionen Kuverts gedruckt. Zu viele? Die investigative Plattform „Rising Moldova“ hat Namen von verstorbenen Menschen veröffentlicht, die noch immer auf der Wahlliste stehen. So etwa Valentin Drangoi, die am Sonntag offiziell wählen darf, obwohl sie seit 15 Jahren tot ist.

Niedriglöhne, steigende Preise Korruption, Armut und fehlende Jobs treiben immer mehr Menschen ins Ausland. Das Durchschnittsgehalt eines Lehrers liegt bei 200 Euro im Monat. In der Forst- und Landwirtschaft wird noch weniger ausbezahlt. In länd-

Korruption, Armut und fehlende Jobs treiben die Menschen ins Ausland.

lichen Regionen reichen die Pensionen nicht einmal aus, um das Brennholz für den Winter zu bezahlen. Ein Bankenskandal, bei dem eine Milliarde US-Dollar durch Offshore-Geschäfte spurlos verschwunden ist, hat zu einer Inflation geführt. Gemüse ist heute doppelt so teuer, als noch vor einem Jahr. Der Strompreis ist um 37 Prozent gestiegen. In Moldau zu überleben sei ein Kunststück, hört man von allen Seiten.

Alle Kandidaten, die sich am Sonntag der Wahl stellen, versprechen, dass sie die verlorene Milliarde zurückholen werden. Doch niemand im Land glaubt daran. „Es ist nicht schwer, aus Moldau eine Perle zu machen“, seufzt Vlada, „aber die Regierung investiert das Geld nicht dort, wo es ge-

braucht wird.“ Vlada, 30 Jahre, blonde lange Haare, perfektes Englisch, spaziert über den Boulevard in Chisinau, Haken schlagend, weil der Beton an vielen Stellen aufgerissen ist. Es ist schwer, sich seinen Weg durch das Getümmel zu bahnen. Aufgebotzte Geländewagen mit getönten Fenstern brausen an Märkten vorbei, wo man Bettler und Verkäufer nur schwer auseinanderhalten kann.

Vlada beschreibt sich selbst als Optimistin, die drauf und dran ist, den Glauben aufzugeben, weil jeden Monat das Geld fehlt. Ihr Mann, ein studierter Ingenieur, ist auf Gelegenheitsaufträge in der Baubranche angewiesen.

Vlada arbeitet in einem Büro und verdient 160 Euro im Monat. Er will weg. Sie will bleiben. Vlada liebt dieses Land mit seinen Märkten, Trachten und traditionellen Tänzen. Doch an ihrer Lebensgeschichte lässt sich auch ablesen, mit welchen Problemen die Republik seit ihrer Entstehung zu kämpfen hat.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war ihre Mutter, eine Ärztin, wie so viele arbeitslos. Vlada, die damals fünf Jahre alt war, ist ihrer Mutter bis heute dankbar, dass sie es den zahlreichen Müttern nicht gleichgetan hat, die ihre Kinder bei Nachbarn, Großmüttern oder Tanten zurückließen. Als sie mit 18 Jahren ihr Studium begonnen hat, geht die Mutter doch. Bis zum heutigen Tag muss sie immer wieder nach Italien fahren, dort einige Monate als Altenpflegerin zu arbeiten. Vlada träumt davon, schwanger zu werden, aber sie und ihr Mann können es sich es nicht leisten, ein Baby zu bekommen. Der Staat hat mit Kampagnen und einer Erhöhung des Elterngeldes auf die besorgniserregend niedrige Geburtenrate reagiert. Vlada können sie damit nicht überzeugen. Ihr ist das Risiko zu groß.

Geopolitische Wahl Viele Menschen haben diese Unsicherheit satt. Gleichzeitig sinkt das Vertrauen in die Politik. Dabei ist jede Wahl in Moldau eine Richtungsentscheidung. Die poli-

tische Landschaft ist zwischen pro-europäischen und pro-russischen Stimmen zerrissen. „Wir können die Kandidaten für das Präsidentenamt in zwei Gruppen teilen“, erklärt Ion Manole, Wahlbeobachter bei der NGO Promo-Lex in Chisinau, „jene, die engere, wirtschaftliche Beziehungen mit Russland anstreben, und jene, die an den Reformen des Assoziierungsabkommens mit der EU arbeiten wollen.“

EU oder Zollunion mit Russland? Einer der Kandidaten, Igor Dodon, will die Verhandlungen mit Brüssel rückgängig machen und in ei-

Sowjet-Nostalgiker vermissen den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

ne Zollunion mit Russland eintreten. Der Chef der sozialistischen Partei (PSRM) gilt als Moskau-Favorit und wird von Putin zu Audienzen eingeladen. Vor allem die ältere Bevölkerung gibt ihm seine Stimme, weil er vorgibt, die Stabilität, die in der UdSSR geherrscht hat, wiederherstellen zu können.

In ländlichen Regionen, wo es noch Ziehbrunnen und Häuser ohne Strom gibt, trifft man viele Menschen, die den alten, kommunistischen Zeiten hinterhertrauen. Sie vermissen den Zusammenhalt in der Nachbarschaft, die stabilen Preise und ein fixes, mo-

natliches Gehalt. Kandidaten wie Igor Dodon profitieren enorm von dieser Nostalgie. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2014 wurden die Sozialisten überraschend stärkste Kraft. Aufgrund mangelnder Koalitionspartner kam es jedoch erneut zu einer pro-europäischen Allianz zwischen Liberalen, Demokraten und Liberaldemokraten. Sollte Dodon die Präsidentschaftswahl verlieren, bleibt Russland immer noch die abtrünnige Region Transnistrien, die sich 1992 in einem Bürgerkrieg vom Rest der Republik abgespalten hat. Der De-facto-Staat, nicht größer als das Burgenland, fungiert ähnlich wie die Ostukraine als eine Art Pufferzone zwischen Russland und der Europäischen Union. Diese Faktoren haben dazu geführt, dass Moldau seinen Platz in Europa noch immer nicht gefunden hat.

Bis die Regierung endlich die offizielle Bevölkerungszahl veröffentlicht, werden erneut tausende Menschen abgewandert sein. Schon heute stellt der Exodus das arme Land vor gravierende Probleme. Zu wenig Junge zahlen in einem Pensionsfond ein, mit dem zu viele Alte auskommen müssen. Seit der Bankenkrise bleiben ausländische Investoren aus. Wenn ein Unternehmen bleibt, dann nicht selten, weil die Arbeitskräfte billig sind. Billiglöhne sind der Hauptgrund, warum Menschen als Gastarbeiter im Westen anheuern. Was viele nach wie vor im Land hält, ist die Familie, die sie zurücklassen mussten. Aber wie lange noch? ■



Inflation treibt die Preise.



Grafik: wz, apa, Quelle: apa WIENER ZEITUNG